



Zeitschrift der Bundes-Arbeitsgemeinschaft
der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.

VITAKO AKTUELL

vitako.de

02|2026



DIGITALE VERWALTUNG

UNSERE DEMOKRATIE VERSTÄRKEN

PHILIPP AMTHOR, DIGITALMINISTERIUM
DIE FÖRDERALE
MODERNISIERUNGSAGENDA

PAUL RULAND, D21
WENIGER PILOTPROJEKTE –
MEHR ECHTE VERWALTUNG

UDA BASTIANS, DEUTSCHER STÄDTETAG
DIGITALE VERWALTUNG UND
DEMOKRATISCHES VERTRAUEN

powered by VITAKO



Mit Bechtle *in die digitale Zukunft*

Zukunftsfähige Demokratie braucht leistungsstarke IT

Wenn Verwaltungsleistungen digital, transparent und leicht zugänglich sind, wird staatliches Handeln für Bürgerinnen und Bürger direkt spürbar. Es entsteht echte Teilhabe im Alltag. So fördert Digitalisierung demokratische Prozesse und die Nutzung staatlicher Angebote.

Bechtle unterstützt Sie als leistungsstarker IT Partner dabei, Ihre Digitalisierungsstrategie ganzheitlich zu planen und Ihre Lösungen Schritt für Schritt umzusetzen – für moderne Services, stabile Abläufe und eine bürgernahe Verwaltung.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

kommunale IT findet endlich Beachtung. Sogar auf der Bundesebene! Warum? Weil immer deutlicher wird, wie sehr gute, digitale Verwaltungsleistungen auf das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in den Staat einzahlen. Wie sehr die Leistungen und Services unserer Mitglieder dazu beitragen können, unser demokratisches Gemeinwesen zu stärken. Vor diesem Hintergrund freue ich mich außerordentlich, dass wir den Schwerpunkt auf das Thema Digitale Verwaltung als Demokratieverstärker gesetzt haben.

Der Leitartikel zeigt auf, was aus Sicht von VITAKO passieren muss, damit die kommunale IT ihr Potenzial für bessere digitale Services noch stärker heben kann. Vier Ansatzpunkte lauten: Registermodernisierung anpacken, digitale Identifizierung forcieren, KI nutzen und Kooperation intensivieren. Philipp Amthor, Parlamentarischer Staatssekretär im Digitalministerium, gibt in seinem Gastbeitrag zudem Einblicke, wie die Bundesregierung mit der Föderalen Modernisierungsagenda neue Impulse für mehr Demokratievertrauen setzen will. Weitere Perspektiven kommen von Paul Ruland von der Initiative D21 und Dr. Uda Bastians vom Deutschen Städtetag. Beide werben für weniger Pilotprojekte rund um digitale Verwaltung und für mehr flächendeckende Rollouts guter Digitalprozesse. In der Reportage veranschaulichen wir die Bedeutung digitaler Antragsprozesse am Beispiel des Sozialstaats: Wie kann Digitalisierung den Zugang zu Leistungen vereinfachen? Wo gelingt dies bereits, und wo gibt es noch Nachholbedarf? Und last but not least freue ich mich über den Input meines VITAKO Vorstandskollegen William Schmitt, der im Interview auf das Bundesland Baden-Württemberg blickt und wie das Thema Digitalisierung dort steht.

Zum Abschluss noch etwas in eigener Sache. VITAKO und viele unserer Mitglieder haben sich auch in diesem Frühjahr vielfältig am Girls' Day beteiligt. Ein Highlight ist unsere neue Broschüre zu Frauen in der kommunalen IT. Unser erklärtes Ziel: Mehr junge Frauen für die Arbeit bei den kommunalen IT-Dienstleistern begeistern!

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre der VITAKO aktuell und freue mich auf den Austausch mit Ihnen!

Ihr



**Sören Kuhn ist
Vorstandsvorsitzender
bei VITAKO.**

SCHWERPUNKT: DIGITALE VERWALTUNG ALS DEMOKRATIEVERSTÄRKER

6 LEITARTIKEL IM DIENST DER DEMOKRATIE.

Das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in den Staat sinkt – eine Entwicklung, die für die Demokratie eine echte Belastungsprobe ist. Digitale Verwaltung kann Services verbessern und zu einem funktionierenden Staat beitragen. Was dafür jetzt passieren muss, zeigt Lars Hoppmann im Leitartikel auf.

8 INTERVIEW FÖDERALE MODERNISIERUNGSAGENDA: HEBEL FÜR MEHR DEMOKRATIEVERTRAUEN?

Die Förderale Modernisierungsagenda soll die Qualität staatlicher Leistungen spürbar verbessern und das Vertrauen in die Demokratie stärken. Der Parlamentarische Staatssekretär Philipp Amthor erläutert die Pläne der Bundesregierung.

11 REPORTAGE UNSEREN SOZIALSTAAT MIT LEBEN FÜLLEN

Werden Menschen in schwierigen Lebenslagen vom Sozialstaat unterstützt, wächst ihr Vertrauen in die Institutionen. Drei Expertinnen und Experten geben Einblick, welche Hürden sich im Alltag auftun und warum es echte Fortschritte in der Digitalisierung braucht.

17 DIGITALE VERWALTUNG JUNGE FRAUEN IN DIE KOMMUNALE IT!

Die kommunalen IT-Dienstleister wollen ihren Frauenanteil erhöhen und richten sich gezielt an Absolventinnen und Berufseinsteigerinnen. In einer neuen Broschüre stellt VITAKO Mitarbeiterinnen vor und zeigt Wege in die Branche auf.

18 GASTBEITRAG WENIGER PILOTPROJEKTE – MEHR ECHE DIGITALE VERWALTUNG

Deutschland hat zahlreiche Pilotprojekte zur digitalen Verwaltung umgesetzt – dennoch sind Bürgerinnen und Bürger mit digitalen Leistungen unzufrieden. Paul Ruland von der Initiative D21 analysiert die Ergebnisse des eGovernment-Monitor und zeigt, was daraus abzuleiten ist.



20 GASTBEITRAG

DIGITALE VERWALTUNG UND DEMOKRATISCHES VERTRAUEN

Bürgerinnen und Bürger erleben staatliche Leistungsfähigkeit im direkten Kontakt mit der Verwaltung. Dr. Uda Bastians vom Deutschen Städtetag erklärt, wie digitale Angebote gestaltet sein müssen, damit sie wirklich Mehrwert bieten.

22 INTERVIEW

„DIE NEUE LANDESREGIERUNG MUSS GAS GEBEN“

Nach der Wahl im März 2026 steht Baden-Württemberg vor großen Aufgaben – allen voran die digitale Verwaltung. Im Interview erklärt William Schmitt von Komm.ONE, welche Erwartungen er an die neue Regierung hat und wo dringend gehandelt werden muss.

24 KOMMUNE DER ZUKUNFT

BÜRGERBETEILIGUNG EINFACH UND MODERN

Bürgerbeteiligungsportale sind eine Chance für mehr direkte Demokratie. Mit der Plattform CrowdInsights können Kommunen unkompliziert Umfragen erstellen und automatisiert auswerten lassen.

26 DIGITALE VERWALTUNG

KI PRODUKTIV – UND FÜR ALLE ZWECKE

Generative KI verspricht enorme Effizienzgewinne. Die GenAI-Plattform der govdigital bietet eine souveräne, sichere und rechtlich einwandfreie Grundlage zum Betrieb von GenAI-Anwendungen für öffentliche Stellen.

28 VITAKO ARBEITSGRUPPEN IM FOKUS

EINSATZ FÜR EGOVERNMENT

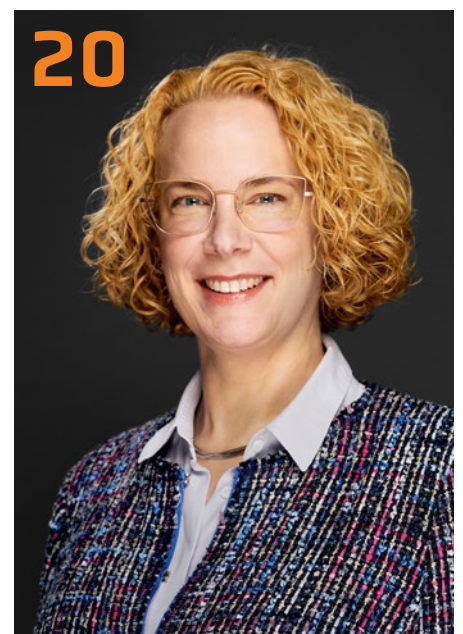
Die VITAKO Mitglieder treiben Schlüsselfragen der Verwaltungsdigitalisierung in mehr als zehn Arbeitsgruppen voran. Indra Schepker, Managerin Verwaltungsdigitalisierung bei VITAKO, gibt Einblicke in die Facharbeitsgruppe eGovernment.

30 SPOTLIGHT

VITAKO Podcast
VITAKO Frühjahrsempfang
Prognos-Studie

32 UMFRAGE

Digitale Verwaltungsservices können ein Game Changer für die Demokratie sein – das bestätigen auch die VITAKO Mitglieder. Dieses und weitere Ergebnisse in der jüngsten Umfrage.





IM DIENST DER DEMOKRATIE.

Kommunale IT-Dienstleister halten zusammen mit ihren Trägern in vielen Städten und Gemeinden den Laden am Laufen. Sie tragen dazu bei, dass Verwaltung funktioniert, Daten von Bürgerinnen und Bürgern geschützt sind und immer mehr Leistungen digital und smart angeboten werden. Es ist wichtig, sich diese Rolle hin und wieder zu vergegenwärtigen, denn: Wenn es uns gelingt, gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen den Menschen gute – und das heißt: digitale – Angebote zu machen, dann zahlt das auf die Zufriedenheit mit unserem demokratischen Gemeinwesen ein. In diesem Sinne sind kommunale IT-Dienstleister bedeutende Demokratieverstärker.

Dieses Bewusstsein motiviert. Es hilft auch, die vielen – und oftmals gerechtfertigten – Klagen über die Verwaltung als zusätzlichen Ansporn zu nehmen. Es ist unkomplizierter, ein Bankkonto zu eröffnen, als einen neuen Personalausweis zu beantragen? Lasst uns das ändern! Junge Mütter und Väter müssen immer noch ein halbes dutzend Anträge händisch ausfüllen oder mehrfach Daten elektronisch eingeben? Weg damit! Der digitale Service von Amazon und Co. schlägt den meiner Kommune deutlich? Das muss doch nicht sein!

Tatsächlich entwickelt sich – wenn auch abseits der medialen Aufmerksamkeit – bereits vieles zum Besseren. Und das ist bitter nötig. So haben in Deutschland nur 15 Prozent das Gefühl, dass die Verwaltung moderne, digitale Erwartungen erfüllt. In der Schweiz sagt das hingegen fast jeder Zweite. Gleichzeitig hat nur noch ein Drittel der Deutschen großes

oder sehr großes Vertrauen in den Staat, so zeigt es der eGovernment Monitor der Initiative D21 – der Wert sinkt seit Jahren.

Nochmal der Blick in die Schweiz: Unter den Eidgenossen liegt der Wert bei starken 60 Prozent. Sicher, die Gleichung „digitale Verwaltung = hohe Zustimmung zum Staat“ blendet viele Faktoren aus... aber dennoch, lasst es uns anpacken!



WIR KÖNNEN ES DOCH!

Wir wissen, wie technische Lösungen für eine gute, digitale Verwaltung aussehen müssen. Wo es heute schon funktionierende Ende-zu-Ende digitalisierte Prozesse gibt, werden sie auch angenommen. So wickeln bereits 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ihre Steuererklärungen online ab. Auch bei Anträgen auf Kindergeld und Ausbildungsförderung liegt der Anteil jeweils bei über 80 Prozent. Es geht also!

Digitalisierung stärkt Demokratie

„Wie wichtig ist eine entschlossene Verwaltungsdigitalisierung in den Kommunen, um die Demokratie zu stärken?“

71,0 %
Sehr wichtig



22,6 %
Eher wichtig

6,5 %
Teils/teils



„Eher unwichtig“ und „Völlig unwichtig“ = 0%

Quelle: VITAKO Mitgliederbefragung April 2026; Rundungsbedingte Ungenauigkeiten

Lasst uns also noch viel mehr staatliche Services „digital only“ realisieren. Vier Themen, die aus meiner Sicht echten Mehrwert bringen und jetzt anzugehen sind:

- **Registermodernisierung zielgerichtet anpacken:** Bürgerinnen und Bürger sind es leid, ihre Daten für jeden Antrag händisch und oft mehrfach eingeben zu müssen. Umso wichtiger ist es, Once-Only endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Im Zentrum stehen dabei eine hohe Qualität und Einheitlichkeit der Daten in den Registern sowie eine funktionierende Anbindung an das NOOTS als technische Infrastruktur.
- **Digitale Identifizierung forcieren:** Die Online-Identifikation ist unerlässlich, damit Verwaltungsleistungen komplett digital erfolgen können. Umso bedenklicher, dass 2025 nur ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger vorhandene Lösungen wie die Online-Ausweisfunktion genutzt haben. Das muss besser werden! Einen Schub erhoffe ich mir von der neuen EUDI-Wallet. Jetzt gilt es, die Wallet erstens gemeinsam mit Projekten wie der BundID und der Registermodernisierung zu denken und zweitens die Realitäten von kommunalen Behörden konsequent zu berücksichtigen.
- **KI-Systeme nutzen:** Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Anträge zügig bearbeitet werden und sie nicht wochen- oder gar monatelang auf einen Bescheid oder eine Genehmigung warten – vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels eine Herausforderung. Die Lösung? KI-Systeme, die schon heute insbesondere bei Entscheidungen ohne Ermessensspielraum wesentliche Prüfaufgaben und repetitive Tätigkeiten abnehmen können – selbstverständlich nur unter Wahrung von Datenschutz, Sicherheit und Souveränität. Darauf muss konsequent aufgebaut werden.

- **Mehr Zusammenarbeit:** Die Verwaltungsdigitalisierung krankt auch daran, dass zu viele Akteure auf den verschiedenen föderalen Ebenen mitmischen. Das Problem ist bekannt, dennoch entstehen weiterhin neue Gremien, auch auf kommunaler Ebene. Viel wichtiger wäre, dass sich die etablierten Player häufiger zusammenschließen und gemeinsam Projekte realisieren. Die VITAKO Mitglieder gehen hier seit Jahren voran und schließen sich in strategischen Kooperationen und Fusionen zusammen, um noch bessere digitale Angebote zu entwickeln.

POLITISCHE PRIORITÄTENSETZUNG STIMMT

Ob Deutschland seine Hausaufgaben rund um die Verwaltungsdigitalisierung machen wird? Ja, weil wir müssen! Tatsächlich hat auch die Politik das Thema als vordringlich erkannt, siehe die Gründung des neuen Digitalministeriums mit einer wirklich kompetenten und ehrgeizigen Hausleitung. Auch Initiativen wie der Deutschland-Stack bieten Grund zur Hoffnung – vorausgesetzt, dass bei der weiteren Entwicklung die kommunale Realität gespiegelt wird.

Lassen Sie uns gemeinsam diesen Schwung mitnehmen und dazu beitragen, das Vertrauen in den Staat nicht nur zurückzugewinnen, sondern nochmal deutlich zu erhöhen. Dafür arbeiten unsere Mitglieder mit ihren mehr als 20.000 Expertinnen und Experten quer durch Deutschland und natürlich auch wir bei VITAKO – kann es etwas Erfüllenderes geben!?



Lars Hoppmann ist geschäftsführender Vorstand von VITAKO.

DIE FÖDERALE MODERNISIERUNGSAGENDA: HEBEL FÜR MEHR DEMOKRATIEVERTRAUEN?

Nur 33 Prozent der Menschen geben an, (sehr) großes Vertrauen in den Staat zu haben – so eine Erhebung der Initiative D21. Die Förderale Modernisierungsagenda soll nun einen Wandel anstoßen und die Qualität staatlicher Leistungen spürbar verbessern. Der Parlamentarische Staatssekretär Philipp Amthor zu den Plänen der Bundesregierung.

Herr Amthor, mit welchen Maßnahmen wollen Sie das Vertrauen in den Staat verbessern? Und woran würden Sie merken, dass eine Trendwende gelingt?

Nicht nur ein Parlamentarischer Staatssekretär, sondern möglichst alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sollen spüren, dass sich etwas zum Positiven verändert – durch schnellere Entscheidungen, weniger Bürokratie und durch digitale Verfahren. Dafür braucht es nicht nur drei Maßnahmen, sondern strukturelle Reformen. Genau diesen Weg gehen wir mit der Modernisierungsagenda des Bundes und mit der Förderalen Modernisierungsagenda. Gleichwohl gebe ich Ihnen exemplarisch gern noch drei wichtige Beispiele: Mit – erstens – unserer neuen digitalen Brieftasche, der EU-DI-Wallet, werden alle Bürgerinnen und Bürger ab dem kommenden Jahr eine sichere digitale Identität für einen einfachen Zugang zu staatlichen und privaten Dienstleistungen erhalten. Mit – zweitens – einer umfangreichen Modernisierung und Digitalisierung staatlicher Register werden wir das „Once-Only-Prinzip“ verwirklichen, damit Daten zwischen Behörden ausgetauscht und nicht immer wieder neu erhoben und einge-

geben werden müssen. Und wir werden – drittens – einen umfangreichen Rückbau von Dokumentations- und Berichtspflichten umsetzen, indem wir die Beweislast umkehren und nur noch unabweisbar notwendige und sinnvolle Pflichten aufrechterhalten. Und all das tun wir messbar und mit klaren Umsetzungsfahrplänen.

Die schwarz-rote Regierung ist seit einem Jahr im Amt. Welche Veränderung im Behördengang können Bürgerinnen und Bürger tatsächlich bemerken?

Da die allermeisten Berührungspunkte der Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung regelmäßig nicht mit der Bundesverwaltung, sondern mit der Verwaltung der Länder und ihrer Kommunen erfolgen, habe ich seit Beginn meiner Amtszeit ein besonderes Augenmerk auf eine enge Bund-Länder-Zusammenarbeit gelegt. Folgerichtig liegt im Hinblick auf eine konkrete Spürbarkeit von Veränderungen unser besonderes Augenmerk auf der Förderalen Modernisierungsagenda, die zahlreiche Vorhaben für Entlastungen, Digitalisierung, Bündelung und Bürokratierückbau enthält. Die Umsetzung dieser Verabredungen ist noch

in Arbeit. Darüber hinaus lassen sich als bereits erfolgte Veränderungen im Alltag schon heute etwa die elektronische Anmeldung des Wohnsitzes, die mittlerweile über 60 Millionen Menschen in Deutschland nutzen können, oder die Wirkung des Once-Only-Prinzips beim Elterngeld- oder Kindergeldantrag nennen, wo Behörden die erforderlichen Nachweise und Daten mittlerweile direkt beim Standesamt abrufen können.

Welche Maßnahmen wollen Sie im kommenden Jahr priorisieren?

Eine Priorisierung von Maßnahmen und klare Umsetzungsfahrpläne ergeben sich aus unseren Modernisierungsagenden. Der bürgerzentrierte Staat ist für uns dabei nicht nur ein Schlagwort, sondern wir lassen uns ganz konsequent vom Prinzip der Nutzerzentrierung leiten und richten den Blick gezielt auf das Erleben von Menschen und Unternehmen in unserem Land. Projekte mit besonderer Strahlkraft sind dabei etwa die schon erwähnte digitale Brieftasche, eine moderne Bürger-App für Verwaltungsleistungen und ein breiterer Einsatz von Genehmigungsfiktionen.



„Alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sollen spüren, dass sich etwas zum Positiven verändert – durch schnellere Entscheidungen, weniger Bürokratie und durch digitale Verfahren.“

Philipp Amthor ist
Parlamentarischer
Staatssekretär beim
Bundesminister für
Digitales und Staats-
modernisierung.



Blick auf das Jahr 2029: Welche drei Behördenengänge sollen leichter funktionieren?

Ihre hypothetische Vorstellung klingt mir nach einem deutlich zu geringen Anspruch. Wir fokussieren uns nicht nur auf drei Verwaltungsleistungen, sondern wollen die Grundlagen dafür legen, dass möglichst alle relevanten Verwaltungsleistungen parallel vereinfacht und digitalisiert werden. Das schaffen wir durch digitale Identifikationslösungen, durch einen automatisierten Datenaustausch sowie durch einheitliche Servicestandards und durch einen Einsatz Künstlicher Intelligenz. Etwa die Kfz-Zulassung, das Melde-, Pass- und Ausweiswesen

und zahlreiche Genehmigungsverfahren werden wir durch KI-gestützte Prozesse konsequent vereinfachen. Leistungen wie das Kindergeld werden wir antragslos abwickeln und den Sozialstaat grundlegend digitalisieren.

Welche Rolle haben Kommunen bei der Staatsmodernisierung? Was will der Bund tun, um die Zusammenarbeit zu stärken?

Steigende IT-Anforderungen und verdichtete rechtliche Vorgaben haben für die Kommunen eine beträchtliche Aufgaben- und Ausgabenlast geschaffen. Dazu pflegen wir mit den kommunalen Spitzenverbänden einen sehr konstruktiven

Austausch. Die genannten Probleme adressieren auch unsere Modernisierungsagenden – unter anderem durch den Hebel einer besseren Aufgabenbündelung und durch Potentiale unseres Deutschlands-Stacks, unserer skalierbaren und interoperablen Technologieplattform, auf die auch Länder und Kommunen modular zugreifen können. Wir sind davon überzeugt: Bund, Länder und Kommunen können und sollten von einem guten und nachnutzbaren Zusammenwirken profitieren. Gerade öffentliche IT-Dienstleister können dabei eine wichtige und erfolgreiche Rolle spielen.

ZWISCHEN REGELN UND REALITÄT: DYNAMISCHE BEDARFE ERFORDERN NEUE ANTWORTEN

WO STEHEN WIR AKTUELL IN DER KOMMUNALEN BESCHAFFUNG BEI DYNAMISCHEN BEDARFEN WIE ZUM BEISPIEL IM ITK-RANDBEREICH?

Mitten in einem großen Spannungsfeld: Klassische Vergabeverfahren sind auf planbare, klar definierte Bedarfe ausgelegt. Die Praxis ist jedoch zunehmend dynamisch und gerade im ITK-Randbedarf entstehen Anforderungen kurzfristig, kleinteilig und in hoher Frequenz. Diese Realität lässt sich mit statischen Verfahren nur eingeschränkt effizient und wirtschaftlich abbilden.

WO LIEGEN AKTUELL DIE GRÖSSTEN HERAUSFORDERUNGEN?

Die Herausforderung liegt weniger im Vergaberecht selbst als in der praktischen Umsetzung. In vielen Kommunen erleben wir aktuell, dass neue gesetzliche Anforderungen zwar gesetzt werden, aber die konkrete Umsetzung im Alltag oft unklar bleibt. Die Rolle der IT-Dienstleister entwickelt sich dabei weiter – sie werden zunehmend zu strukturierenden Akteuren in der Beschaffung und sollen im Zuge dessen Beschaffung nicht allein technisch ermöglichen, sondern organisatorisch mitgestalten. Aber genau dafür fehlen aktuell Beispiele und Blaupausen. Das schürt Unsicherheit und führt dazu, dass Entscheidungen für nötige Veränderungen und Anpassungen nicht oder zu spät getroffen werden.

WELCHE ANSÄTZE GEWINNEN VOR DIESEM HINTERGRUND AN BEDEUTUNG?

Zunehmend relevant sind Vergabemodelle, die auf kontinuierliche Nutzung und Flexibilität ausgelegt sind, wie etwa Dynamische Beschaffungssysteme (DBS). Dabei wird Wettbewerb nicht nur einmalig, sondern fortlaufend organisiert, sodass Nutzende besser auf dynamische Bedarfe reagieren können.

WELCHE ROLLE SPIELEN DABEI DIGITALE PLATTFORMEN?

Plattformen sind die Instrumente, die es braucht, um diese Art des Einkaufs zu ermöglichen. Sie entwickeln sich zunehmend zu einer infrastrukturellen Grundlage: Prozesse werden gebündelt und digital abgebildet. Gleichzeitig wird Beschaffung viel transparenter, wenn Bestellungen digital automatisch dokumentiert werden und reversionssicher prüfbar sind. Die bloße Angebotssuche nach Preis, Liefer- oder Nachhaltigkeitskriterien wird durch Marktplätze wie Unite massiv vereinfacht.

WAS VERÄNDERT SICH DADURCH KONKRET IN DER PRAXIS?

In der Umsetzung zeigen sich mehrere Effekte: Beschaffung erfolgt innerhalb eines klar definierten, vergaberechtskonformen Rahmens, ohne dass einzelne Bedarfsträger eigene Verfahren durchführen müssen. Hier greifen vor allem Plattformmodelle und digitale Marktplätze als grundlegende Infrastruktur für Beschaffung. ProVitako hat sich dahingehend mit Unite sehr zeitgemäß aufgestellt und sein Angebot erweitert.



Heike Kleine
ist Business Development
Managerin bei Unite.

Kontakt:
public.procurement@unite.eu



Warum der Sozialstaat für unser demokratisches Gemeinwesen so wichtig ist? Weil das Vertrauen in die Institutionen wächst, wenn Menschen erleben, dass der Staat in schwierigen Lebenslagen unterstützt. Drei Expertinnen und Experten geben Einblick, welche Hürden sich im Alltag rund um den Sozialstaat auftun und warum es echte Fortschritte in der Digitalisierung braucht.

**BÜRGERAMT
RAUM 1**

UNSEREN SOZIALSTAAT MIT LEBEN FÜLLEN



„In unsere Beratung kommen vielfach Menschen in existenziellen Notsituationen“, erklärt Dr. Susanne Pauser, Vorständin für Personal und Digitales des Wohlfahrtsverbandes Caritas. Darunter Menschen, die plötzlich ihren Arbeitsplatz verloren haben, mit chronischen Krankheiten leben oder pflegebedürftige Angehörige unterstützen. Bei der Caritas werden sie von erfahrenen Sozialarbeiterinnen und -arbeitern begleitet und unterstützt. Im Zentrum stehen dabei oft auch sozialrechtliche Fragen rund um Arbeitslosengeld, Grundsicherung oder Pflegehilfen. „Wer gerade einen schweren Schicksalsschlag erlitten hat, muss sich in vielen Fällen als erstes durch den Behördenschwung kämpfen. Für manche Menschen ist das schlicht nicht machbar“, so Dr. Susanne Pauser. Komplexes Beamtendeutsch, unklare Zuständigkeiten und intransparente Verfahren stellen hohe Hürden dar – selbst für Menschen in stabilen Lebenslagen.

Beispiel Wohngeld: Wer ein geringes Einkommen und keinen Anspruch auf Grundsicherung hat, bekommt damit eine Zuzahlung zur Miete. Insgesamt 1,2 Millionen Menschen in Deutschland beziehen den Zuschuss, darunter viele Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende oder Studierende. Anspruchsberechtigte müssen einen Antrag beim Sozialamt stellen und zahlreiche Nachweise zu Haushaltsgemeinschaft, Einkünften oder Wohnkosten erbringen. Das Problem: Die konkreten Anforderungen sind oft unklar und kompliziert formuliert. Laut einer Studie von Agora Digitale Transformation werden daher 90 Prozent der Anträge unvollständig eingereicht. Nachweise müssen von den Behörden erst nachgefordert werden, die Bewilligung verzögert sich. Insgesamt kann der Prozess so mehrere Monate oder sogar über ein Jahr in Anspruch nehmen.

Die Konsequenzen für Betroffene erleben die Beratungsstellen unmittelbar: „Menschen können ihre Miete nicht mehr zahlen und gehen teils in die Verschuldung. Die später zu begleichen ist enorm schwer“, so Dr. Susanne Pauser. Und selbst wenn die Unterstützung endlich ankommt, ist die Unsicherheit nicht vorbei. Denn der Antrag auf Wohngeld muss jedes Jahr neu gestellt werden, der Prozess beginnt für die Betroffenen von vorne. „Bei den Menschen entsteht dadurch im Einzelfall immer mehr das Gefühl, dass sie das Geld gar nicht erhalten sollen.“

VERWALTUNG UNTER DRUCK

Sprung in die Verwaltung. Sabrina Donner ist Leiterin der Stabsstelle Digitalisierung des niedersächsischen Landkreises Lüchow-Dannenberg. In der Verwaltung des Landkreises arbeiten circa 500 Mitarbeitende, die insgesamt 50.000 Bürgerinnen und Bürger betreuen. Seit Jahren leidet der Landkreis unter einem massiven Fachkräftemangel: Einige Stellen sind nicht besetzt, die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden dadurch enorm. Sabrina Donner: „Der Berg an Aufgaben, die unsere Mitarbeitenden auch und gerade im Sozialbereich erfüllen müssen, wächst immer weiter. Dabei arbeiten viele heute schon stark an der Belastungsgrenze.“

600.000

Stellen fehlen aktuell im öffentlichen Dienst.

Quelle: Beamtenbund dbb

Erschwerend hinzu kommt, dass auch Sachbearbeitende mit der hohen Komplexität der Antragsprozesse zu kämpfen haben. Sie führt zu häufigen Nachfragen und einem gesteigerten Beratungsbedarf seitens der Antragsberechtigten. „Bei vielen Sachbearbeitenden klingelt den ganzen Tag das Telefon. Sie kommen kaum dazu, die Fälle zu bearbeiten“, so Sabrina Donner.



Dr. Susanne Pauser
ist Vorständin für
Personal und Digitales
des Wohlfahrts-
verbandes Caritas.

**„Wer gerade einen schweren Schicksalsschlag
erlitten hat, hat keine Kapazitäten, sich durch
den Behördenschwung zu kämpfen.“**

Dr. Susanne Pauser

Das hat nicht nur Folgen für die Betroffenen, sondern für die demokratische Gemeinschaft insgesamt. So spüren Mitarbeitende in der Beratung der Caritas zunehmend, dass der Frust der Betroffenen wächst. Immer häufiger kippe der Unmut auch in extreme Positionen. „In diesem Land funktioniert gar nichts

mehr“ – dieser Satz falle häufiger, betont Dr. Susanne Pauser. Insgesamt beziehen in Deutschland rund 7 Millionen Menschen Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Wenn ein Teil von ihnen den Staat als handlungsunfähig erlebt, kann das für die Demokratie eine echte Gefahr darstellen. ▶▶▶

NEUES WAGEN

DIE KOMMUNALEN WEGBEREITER

Mit souveränen Daten

LLM-Modell oder souveräne KI-Plattform? Low Code oder No Code? On Premises oder in der Cloud? Als kommunaler IT-Dienstleister gestalten wir die Zukunft – mit Open Source Technologie und in urbanen Datenräumen. Dabei schützen wir die Hoheit Ihrer Daten und zünden gleichzeitig die nächste Innovationsstufe für Sie. Sind Sie dabei?



MEHR ERFAHREN

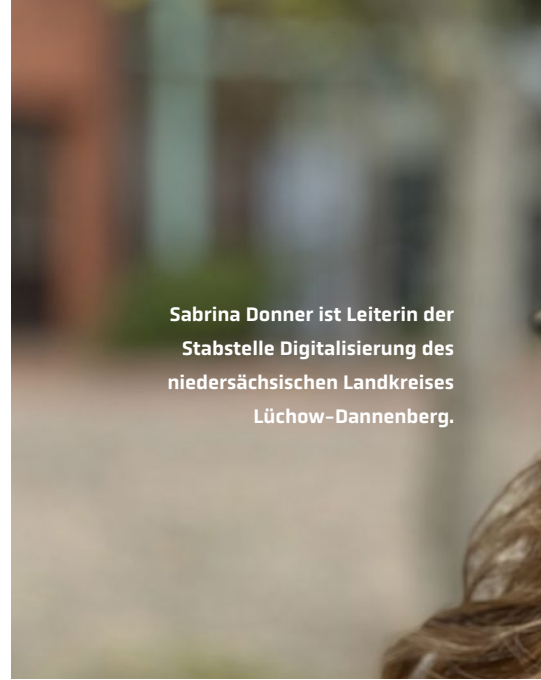
vertrieb@regioit.de www.regioit.de

regio it

Viele Kommunen reagieren bereits mit eigenen Lösungen. Digitale Anwendungen spielen dabei eine zentrale Rolle, um Prozesse effizienter zu gestalten und Mitarbeitende zu entlasten. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg hat man die eigene Stabsstelle Digitalisierung geschaffen, die in enger Zusammenarbeit mit den Sachbearbeitenden neue Softwarelösungen einführen.

Ein Projekt nutzt beispielsweise eine KI-basierte Software, um komplexe Anträge automatisch in leichte Sprache zu übersetzen. „Die Übersetzung hilft nicht nur Menschen mit Lernschwierigkeiten – Anträge sind so komplex, dass alle Menschen von verständlicher Sprache profitieren“, so Sabrina Donner. Eine weitere Anwendung prüft Anträge automatisiert auf Vollständigkeit. Die Automatisierungslösung „Emma“ analysiert die Unterlagen innerhalb weniger Minuten und erstellt bei Bedarf direkt Nachforderungen. Die Bearbeitung erfolgt über Nacht, sodass Mitarbeitende die Ergebnisse am nächsten Tag nur noch prüfen und versenden müssen. Aktuell wird das System im Bereich Unterhaltsvorschuss eingesetzt, eine Ausweitung – etwa auf das Wohngeld – ist geplant.

Doch trotz dieser Fortschritte stoßen Kommunen an Grenzen. Sabrina Donner: „Wir machen möglich, was geht und denken uns immer wieder neue kreative Lösungen aus.“ Aber Realität sei auch: Der finanzielle Druck in den Kommunen ist enorm hoch. Die Herausforderungen lassen sich nicht allein vor Ort lösen.



Sabrina Donner ist Leiterin der Stabsstelle Digitalisierung des niedersächsischen Landkreises Lüchow-Dannenberg.

DIGITALE VERWALTUNG ALS SCHLÜSSEL

Den dringenden Handlungsbedarf hat auch die Bundesregierung erkannt. 2025 nahm die Kommission zur Sozialstaatreform ihre Arbeit auf mit dem Ziel, spürbare Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger herbeizuführen. Seit Beginn des Jahres 2026 liegen konkrete Empfehlungen vor. Ein zentraler Hebel laut Kommission: die konsequente Digitalisierung des Sozialstaats. Sie soll Verfahren vereinfachen, Nachweise reduzieren, Bescheide schneller zustellen und den Prozess insgesamt transparenter machen.

Alexander Zirl ist Leiter des Geschäftsfeldes Soziale Sicherung bei Prosoz.



„Kein Mensch versteht, warum die Ämter ihre Daten nicht einfach miteinander austauschen können.“

Alexander Zirl





„Wir machen möglich, was geht und denken uns immer wieder neue kreative Lösungen aus.“

Sabrina Donner

Für die Vorschläge hat die Kommission über mehrere Monate hinweg 90 Expertinnen und Experten aus Verwaltungen, Verbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft angehört. Ein wichtiger Impulsgeber war dabei der kommunale IT-Dienstleister Prosoz. Das Unternehmen entwickelt seit 40 Jahren Software für die

Sozialhilfe und beliefert heute etwa die Hälfte der deutschen Sozialämter. „Wir haben im gesamten Prozess konsequent die Bedarfe aus der Praxis eingebracht und den Kommunen so Verhör verschafft“, so Alexander Zirl, Leiter des Geschäftsfeldes Soziale Sicherung. ▶ ▶ ▶

Ostwestfalen-Lippe-IT

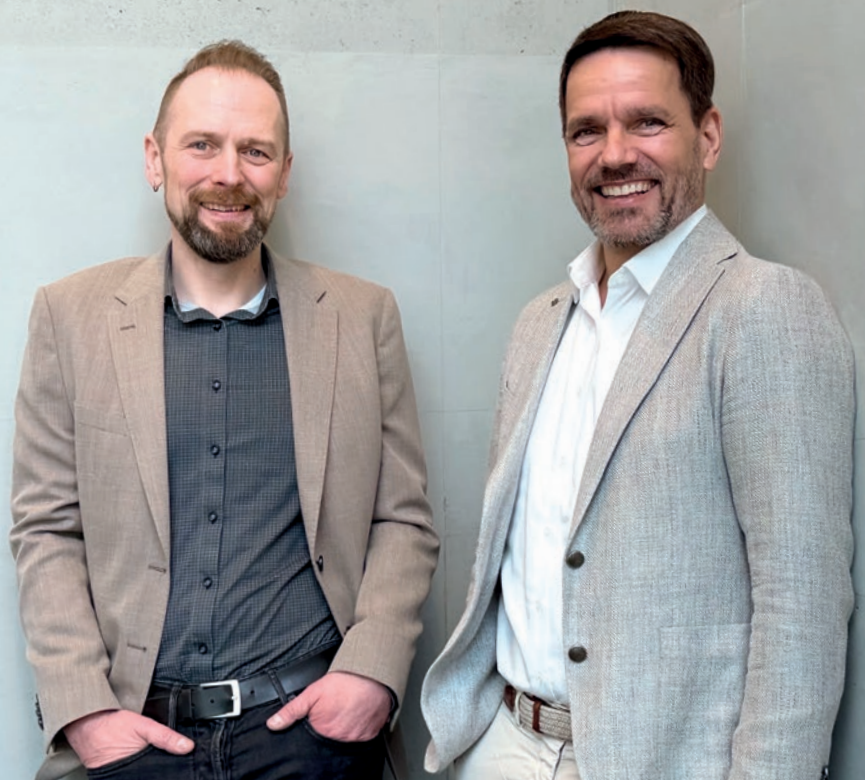
OWL IT

**Neue Innovationen,
erstklassige
IT-Lösungen
und viel Expertise.**

Das ist die

OWL-IT

www.owl-it.de



Ein häufiger Kritikpunkt ist der fehlende Datenaustausch. „Kein Mensch versteht, warum ich zum achten Mal die Geburtsurkunde meines Sohnes angeben muss und warum die Ämter die Daten nicht einfach miteinander austauschen können“, so Alexander Zirl. „Viele Betroffene reagieren genervt, für die Sachbearbeitenden ist es kaum möglich, das verständlich zu machen.“ Umso wichtiger sei es, die Registermodernisierung und Once Only wirklich anzugehen – sodass Bürgerinnen und Bürger ihre Daten künftig nur noch einmalig angeben müssen.

Auch sogenannte Medienbrüche bremsen die Verwaltungen. Digitale Anträge existieren zwar, doch häufig enden sie, wie Alexander Zirl es beschreibt, „an der Bordsteinkante“. Sprich: Die Daten kommen in der Behörde an, müssen dann aber von Mitarbeitenden manuell in die Fachverfahren übertragen werden. „Mit unseren Lösungen bieten wir heute schon die Möglichkeit,

~7 Mio.

Menschen sind auf Leistungen der sozialen Sicherung angewiesen.

Quelle: destasis

Medienbrüche deutlich zu reduzieren oder sogar zu eliminieren“, so Alexander Ziel. Dennoch müsse die Bundesregierung Tempo machen, um Ende-zu-Ende-Prozesse umfassend zu ermöglichen.

Viele der Punkte hat die Sozialstaatskommission bereits aufgegriffen. So soll etwa der Deutschland-Stack für

einheitliche IT-Standards sorgen und die genannten Medienbrüche reduzieren. Eine Ausweitung des sogenannten Nationalen Once Only Technical System (NOOTS) soll wiederum den Datenaustausch verbessern. Erste Maßnahmen sind bereits bis Sommer angekündigt.

In den Kommunen wartet man gespannt auf die neuen Lösungen: „Die Vorschläge der Kommission sind innovativ und gehen in eine sehr gute Richtung“, so Sabrina Donner. „Wir freuen uns darauf, die Umsetzung gemeinsam mit den kommunalen IT-Dienstleistern anzupacken!“

BADEN-**40** WÜRTTEMBERG

digital.LÄND

Behörden Spiegel

Kontinuität und Wandel für die digitale Verwaltung

2. Juli 2026, Stuttgart



www.bw-4-0.de | [#bw40](https://twitter.com/bw40)



GIRLS' DAY: JUNGE FRAUEN IN DIE KOMMUNALE IT!



KOMMUNALE IT

Junge Frauen erobern
die digitale Verwaltung!

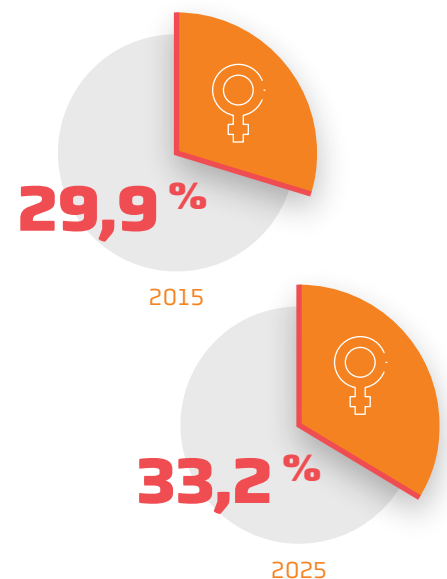
Girls' Day

VITAKO

Die kommunalen IT-Dienstleister wollen ihren Frauenanteil erhöhen und richten sich gezielt an Absolventinnen und Berufseinsteigerinnen. VITAKO unterstützt sie dabei – etwa mit einer neuen Broschüre, die Mitarbeiterinnen vorstellt, Tipps parat hält und Wege in die Branche aufzeigt.

WIR KÖNNEN MEHR

Frauenanteil bei VITAKO Mitgliedern
in der Gesamtbelegschaft



Fenja Sieker, Teilnehmerin am Girls' Day 2018 bei OWL-IT und heute Dualstudentin bei dem kommunalen IT-Dienstleister.

„In meinem Umfeld höre ich oft, wie Menschen sich über die Verwaltung ärgern: über die langen Wartezeiten, die komplexen Formulare... Ich arbeite sozusagen an den Systemen im Hintergrund und kann dafür sorgen, dass die Lösungen effizienter und einfacher werden.“



„Wer sich mit IT auskennt, hat große Chancen, die eigene, aber auch unser aller Zukunft positiv zu gestalten. Alle Mädchen und Frauen sollen diese Chance nutzen!“

Vorwort von Karin Prien,
Bundesministerin für Bildung,
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

WENIGER PILOTPROJEKTE – MEHR ECHE DIGITALE VERWALTUNG

Wenn ein Schiff im Hafen einläuft, ist nicht der Leuchtturm das Ziel, sondern das Ufer. Was zunächst banal klingt, lässt sich gut als Bild für den Stand des digitalen Staates in Deutschland nutzen. Ernst Bürger, Staatssekretär der Justiz und für Digitalisierung und IT-Beauftragter des Landes Brandenburg, erklärte beim #GovTalk 2025 der Initiative D21: „Dieses Land steht voller Leuchttürme. Es ertrinkt in zu vielen Pilotprojekten.“

Ein Befund, den die Daten bestätigen: Wo Anspruch und Wirklichkeit auseinanderfallen, leidet das Vertrauen – und das spüren die Bürgerinnen und Bürger.“ Der eGovernment MONITOR 2025 der Initiative D21 und der Technischen Universität München zeigt: Nur 33 Prozent der Befragten haben (sehr) großes Vertrauen in den Staat – Tendenz sinkend. Die Ursache liegt oft in erlebter Ineffizienz und mangelnder Leistungsfähigkeit des Staates: Nur rund 16 Prozent halten Verwaltungsangebote für vergleichbar effizient zu privatwirtschaftlichen, nur etwa 12 Prozent sagen, der Staat mache ihnen das Leben einfacher.

„Digitale Service müssen im Alltag tatsächlich funktionieren: intuitiv, zugänglich, verlässlich.“

Paul Ruland

WAS BÜRGERINNEN UND BÜRGER WIRKLICH WOLLEN

Wer heute an der Modernität der Verwaltung zweifelt, lässt sich leicht überzeugen: Für 61 Prozent wären die Erwartungen an eine moderne, digitale Verwaltung erfüllt, wenn digitale Angebote schnell

64 %

erwarten proaktive Informationen zu digitalen Angeboten des Staates.

und einfach auffindbar wären. 56 Prozent würden staatliche Leistungen gerne schneller erhalten. Der erste, notwendige Schritt ist also kein technischer, sondern ein kommunikativer: Der Staat muss seine digitalen Angebote sichtbarer machen. Das sehen auch die Befragten so: 64 Prozent erwarten, dass der Staat sie proaktiv auf seine digitalen Angebote hinweist.

Darüber hinaus könnten automatisierte und antragslose Verfahren zeitaufwendige Behördengänge ersetzen. Intelligente Assistenzsysteme, etwa auf Basis von Agent AI, könnten Bürgerinnen und Bürger in einfacher Sprache durch Prozesse führen oder diese sogar vollständig

für sie erledigen, statt dass sich Bürgerinnen und Bürger durch komplizierte Behördenwebsites navigieren müssen. Behördenübergreifende Kooperation würde zudem ermöglichen, Formulare automatisiert auszufüllen – eine reale Entlastung im Alltag.



Zentral für all das: der Identifikationsprozess, oft mit dem Online-Ausweis. Er existiert seit 15 Jahren, wird aber nur von 25 Prozent der Bevölkerung genutzt. Die Zahl der Nutzenden wächst, aber sehr langsam. Statt Wegbereiter für digitale Verwaltungsangebote zu sein, bremst er digitale Antragsprozesse ab. Der größte Grund für die Nichtnutzung des Online-Ausweises ist bei den Befragten das fehlende Anwendungsgebiet. Damit er seine Rolle erfüllen kann, muss er alltagstauglich gestaltet und konsequent kommuniziert werden.

Paul Ruland
ist Referent Digitaler Staat
bei der Initiative D21.

DIGITAL ONLY ALS TREIBER – NICHT ALS AUSGRENZUNG

Diese Zahlen machen deutlich, wo der Hebel liegt: Digitale Services müssen so gestaltet sein, dass sie im Alltag tatsächlich funktionieren: intuitiv, zugänglich und verlässlich. Ein rechtsverbindliches, inklusives Digital-Only-Leitbild würde digitale Prozesse zum Standard machen und analoge Parallelstrukturen abbauen. Der Druck, digitale Services wirklich intuitiv und zugänglich zu gestalten, würde damit institutionell verankert.

Dass 15 Prozent der Deutschen das Internet kaum bis gar nicht nutzen, ist kein Argument gegen Digital Only, sondern für gezielte Unterstützungsangebote. Digital Only bedeutet nicht Online Only: Persönlicher Kontakt vor Ort oder telefonisch muss weiterhin möglich sein, nur nicht mehr der Standard. 68 Prozent der Befragten stehen dem Konzept grundsätzlich offen gegenüber, sofern es zu spürbarer Beschleunigung führt und persönliche Hilfe erreichbar bleibt.

DER WEG ZUM SICHEREN UFER

Technologien wie Agentive AI oder ein alltagstauglicher Online-Ausweis sind nicht das Ziel. Sie sind Begleiter auf dem Weg dorthin. Das Ziel ist ein Staat, dem Bürgerinnen und Bürger vertrauen, weil er ihr Leben spürbar einfacher macht. Dafür braucht es keine neuen Leuchttürme. Es braucht den Mut, endlich ans Ufer zu fahren.

56 %

möchten staatliche Leistungen schneller erhalten.

MEHR ALS EFFIZIENZ: DIGITALE VERWALTUNG UND DEMOKRATISCHES VERTRAUEN

Vertrauen in den Staat entsteht im Alltag. Bürgerinnen und Bürger erleben staatliche Leistungsfähigkeit im direkten Kontakt: beim Kitaplatzantrag, bei der Baugenehmigung oder im Bürgeramt. Hier entscheidet sich, ob der Staat funktioniert, erreichbar ist und nachvollziehbar handelt. Daran bemisst sich Verlässlichkeit.

Gut gemachte digitale Angebote leisten einen wesentlichen Beitrag. Sie beschleunigen Prozesse, machen Entscheidungen transparenter und erleichtern den Zugang zu Leistungen. Damit stärken sie direkt die demokratische Stabilität. Es geht nicht nur um Effizienz. Digitale Prozesse können auch Beteiligung erleichtern und staatliches Handeln sichtbarer machen.

Kommunale IT-Dienstleister schaffen dafür die technischen Grundlagen. Rechenzentren, Fachverfahren, Plattformen und Sicherheitsstrukturen bilden das Rückgrat. Man sieht sie selten, aber ohne sie läuft nichts. Entscheidend ist, welchen Beitrag diese Strukturen für die Demokratie leisten und was daraus folgt.

VERLÄSSLICHKEIT ALS GRUNDBEDINGUNG

Verlässlichkeit ist zentral. Nichts untergräbt Vertrauen stärker als instabile Systeme, lange Bearbeitungszeiten oder unklare Zuständigkeiten. Digitale Angebote entfalten ihr Potenzial nur, wenn sie zuverlässig, rund um die Uhr und medienbruchfrei funktionieren. Dann wird der Staat als handlungsfähig erlebt. IT-Dienstleister tragen hierfür unmittelbar Verantwortung. Stabilität, Sicherheit und Verfügbarkeit sind Grundbedingungen für das Vertrauen in den Staat.

ZUGANG UND TEILHABE

Digitale Services können den Staat schneller, ortsunabhängig und einfacher erreichbar machen. Öffnungszeiten verlieren an Bedeutung. Gleichzeitig darf Digitalisierung keine neuen Hürden schaffen. Mehrsprachigkeit, Barrierefreiheit und einfache Bedienbarkeit sind keine Komfortfragen, sondern unabdingbare Voraussetzungen gleichberechtigter Teilhabe.

DIGITALE BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN

Digitale Angebote gehen über klassische Verwaltungsleistungen hinaus. Sie eröffnen neue Beteiligungsmöglichkeiten, etwa bei Bürgerhaushalten oder Stadtentwicklungsverfahren. Viele Städte wie Köln, Stuttgart, München und Berlin nutzen Online-Bürgerhaushalte, in denen Bürgerinnen und Bürger Vorschläge einbringen, kommentieren und bewerten können.

Digitale Beteiligung senkt dabei Zugangshürden und erhöht Reichweite und Sichtbarkeit demokratischer Prozesse. Sie wirkt jedoch nur, wenn sie ernstgenommen wird. Bürgerinnen und Bürger müssen erkennen können, wie Beiträge berücksichtigt werden. Werden priorisierte Vorschläge ohne Begründung nicht umgesetzt, entsteht Frustration. Beteiligung braucht Rückkopplung und finanzielle Spielräume der Städte. Auch deshalb ist eine gute kommunale Finanzausstattung für unsere Demokratie zentral.

„Digitale Services können den Staat schneller, ortsunabhängig und einfacher erreichbar machen.“

Dr. Uda Bastians

KOMMUNIKATION, DATEN UND VERNETZUNG ALS GRUNDLAGE

Digitale Kanäle ermöglichen auch direkten Austausch und strukturieren Verwaltungsverfahren. Das funktioniert nur mit stabilen und gut vernetzten Systemen. Hinzu kommt die wachsende Bedeutung der Dateninfrastruktur. Registermodernisierung, standardisierte Schnittstellen und interoperable Systeme schaffen die Grundlage für effizientere Verfahren und bessere Entscheidungen. Sie ermöglichen evidenzbasiertes Verwaltungshandeln und erhöhen die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen. Vertrauen entsteht nicht nur durch Ergebnisse, sondern auch durch nachvollziehbare Verfahren.

„Digitale Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für einen handlungsfähigen und vertrauenswürdigen demokratischen Staat.“

Dr. Uda Bastians ist Beigeordnete des Deutschen Städtetags.



VOM PROJEKT ZUR STRUKTUR

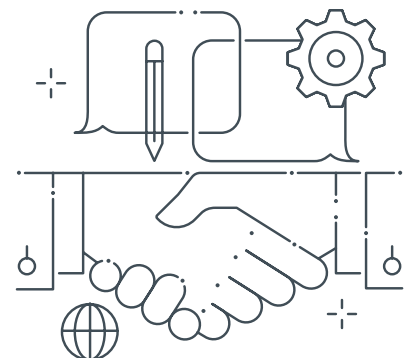
Die letzten Jahre zeigen auch Schwächen: Zu häufig wurden Prozesse digitalisiert, ohne sie zu vereinfachen. Zu oft stehen Einzellösungen nebeneinander. Und zu selten sind rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen auf die digitale Umsetzung ausgerichtet.

DARAUS ERGIBT SICH EINE GEMEINSAME AGENDA:

- 1 Digitalisierung muss vom Prozess hergedacht werden. Prozesse müssen überprüft, vereinfacht und standardisiert werden, bevor sie digital umgesetzt werden.
- 2 Gemeinsame Standards und Infrastrukturen sind entscheidend. Kommunale IT-Dienstleister spielen eine Schlüsselrolle, um skalierbare Lösungen bereitzustellen und föderale Zersplitterung zu überwinden.
- 3 Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen digitaltauglich sein. Ohne vollzugstaugliche Gesetzgebung bleibt Digitalisierung Stückwerk. Die Einbindung der kommunalen Praxis ist hierfür entscheidend.
- 4 Verlässliche Finanzierung und klare Verantwortlichkeiten sind unverzichtbar. Digitale Infrastruktur ist öffentliche Daseinsvorsorge und erfordert langfristige Investitionen. Dafür ist eine gute Finanzausstattung der Kommunen zentral.

DIGITALE VERWALTUNG ALS GEMEINSAME AUFGABE

Digitale Verwaltung ist kein IT-Projekt, sondern ein gemeinsames Gestaltungsprojekt von Politik, Verwaltung und IT-Dienstleistern. Ihr demokratischer Mehrwert entsteht, wenn Technik, Organisation und Recht ineinandergreifen. Gelingen verlässliche, transparente und zugängliche Verfahren, stärkt dies unmittelbar das Vertrauen in den Staat. Digitale Verwaltung ist damit kein Selbstzweck. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für einen handlungsfähigen und vertrauenswürdigen demokratischen Staat. Daran müssen wir gemeinsam weiterarbeiten.



„DIE NEUE LANDESREGIERUNG MUSS GAS GEBEN“

William Schmitt ist
Vorstandsvorsitzender
der Komm.ONE AöR
und Stellvertretender
Vorstandsvorsitzender
von VITAKO.

Im März 2026 haben die Baden-Württemberger eine neue Landesregierung gewählt. Die Verwaltungsdigitalisierung ist eines der zentralen Themen für die kommenden fünf Jahre. Im Interview erklärt William Schmitt, Vorstandsvorsitzender der Komm.ONE, was er sich beim Thema erhofft und was jetzt in Angriff genommen werden muss.

Herr Schmitt, wo steht Baden-Württemberg beim Thema digitale Verwaltung?

Insgesamt stehen wir gut da. Mit Stuttgart und Heidelberg sind zwei Städte aus der Region unter den Top 10 im Smart City Index des Bitkom gelistet. Darüber hinaus sind wir Vorreiter bei der Bündelung und Konsolidierung von Digitalisierungsleistungen. Baden-Württemberg deckt mit nur einem IT-Dienstleister alle Kommunen ab und wir übernehmen immer mehr Verwaltungsleistungen für ganz Deutschland.

Ich nenne hier nur das Beispiel Kfz. Gemeinsam mit anderen kommunalen IT-Dienstleistern setzen wir im Auftrag von BMDS und BMDV ein deutschlandweites Verfahren um. Künftig können Bürgerinnen und Bürger ihre Fahrzeuge in einem einheitlichen Portal an- oder ummelden – ein Meilenstein in Sachen Nutzerfreundlichkeit, Effizienz und Kostenersparnis! Ein weiteres Leuchtturmprojekt ist ÖGdigital. Die cloud-basierte Fachanwendung für den öffentlichen Gesundheitsdienst haben wir für das baden-württembergische Sozialministerium entwickelt, sie ist mittlerweile auf alle Gesundheitsämter im Land ausgerollt. Aktuell sprechen wir mit mehreren Bundesländern, die die Anwendung ebenfalls übernehmen wollen.

Trotz aller Fortschritte besteht aber noch Handlungsbedarf, insbesondere bei der Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Online-Diensten. Die neue Landesregierung muss hier Gas geben. Deshalb haben wir unser Positionspapier mit wesentlichen Empfehlungen verfasst.

Welche Themen sollte die Landesregierung jetzt angehen?

Allem voran braucht es eine einheitliche Landesstrategie. Immer noch herrscht ein starkes Ressortdenken vor, immer wieder setzen Ministerien ihre Projekte eigenmächtig um – mitunter auch mit unterschiedlichen Partnern. Die elektronische Wohnsitzanmeldung wird zum Beispiel im Auftrag des Innenministeriums realisiert, das Wohngeld kommt vom Sozialministerium, die Gewerbeanmeldung vom Wirtschaftsministerium. Für Kommunen heißt das: Gibt es Fragen oder Probleme, müssen sie jedes Mal mit anderen Leuten sprechen. Das ist ineffizient und umständlich. Dabei gibt es mit der Komm.ONE seit 2018 einen zentralen Anbieter, der nicht zuletzt auf Initiative des Landes hin entstanden ist – eben mit dem Ziel, Prozesse zu bündeln. Eine IT-Strategie würde klare Vorgaben machen, die für alle Ressorts verbindlich sein müssten.

In solch einer Strategie müssen auch die Themen Ende-zu-Ende-Digitalisierung und Medienbruchfreiheit geregelt werden. Die Haltung der Landesministerien ist da aktuell nicht sehr konstruktiv. Sie sind der Ansicht, dass sie den Kommunen – bildlich gesprochen – Daten nur

bis an die Bordsteinkante des Rathauses liefern müssen. Wie die Daten dann ins Rathaus reinkommen und wie sie dort weiterverarbeitet werden, sehen sie nicht in ihrer Verantwortung. Ende-zu-Ende würde aber heißen: Lieferung bis ins Fachverfahren, mithilfe standardisierter Schnittstellen – und so sieht es die neue E-Government-Vereinbarung als Zielbild ja auch vor. Diese Schnittstellen muss das Land verbindlich vorgeben. Hier würde ich mir mehr Dialog wünschen, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

„Den Kommunen Daten nur bis an die Bordsteinkante zu liefern, widerspricht einer Ende-zu-Ende-Digitalisierung.“

William Schmitt



Wie steht es um das Thema Finanzierung?

Für den Start von Projekten stellen Bund und Länder ausreichend Mittel zur Verfügung, aber an den laufenden Betrieb wird nicht gedacht. Hier steckt der Teufel im Detail, siehe die elektronische Wohnsitzanmeldung. Dataport hat das Online-Verfahren zentral entwickelt, es wird jetzt in den Bundesländern umgesetzt, in Baden-Württemberg übernehmen wir das. In diesem Prozess höre ich von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus kleinen Kommunen, dass sich das Verfahren nicht lohnt. Vie-

le Gemeinden in Baden-Württemberg haben gerade mal 3.000 Einwohner. Da werden pro Jahr nur eine Handvoll Wohnsitze an- oder umgemeldet. In Stuttgart mit über 600.000 Einwohnern sieht es da ganz anders aus, und dieses Spannungsverhältnis schlägt auch auf die Kostenmodelle durch. So etwas muss natürlich von vornherein mitgedacht werden.

Inwiefern denken Sie auch Initiativen des Bundes mit?

Digitalisierung muss natürlich über alle Ebenen hinweg konzipiert werden. Beispiel Kfz: Wenn der Bund künftig ein zentrales Online-Portal vorgibt, braucht es vermutlich weniger Zulassungsstellen vor Ort. Hier muss strategisch überlegt werden, wofür und wo es noch Stellen braucht. Wir haben den Bund gebeten, sich dazu Gedanken zu machen.

Wir als Mitarbeitende warten auch gespannt darauf, wie der Deutschland-Stack weiter ausgestaltet wird und welche Basisdienste perspektivisch noch angeboten werden. Wir unterstützen das Vorhaben und wollen die dort verfügbaren Angebote im Sinne der Kommunen nutzen. Dafür müssen sie aber natürlich für unsere Kommunen passen und die Realität vor Ort abbilden. Hier würden wir uns über einen Dialog freuen.



Prosoz NEO

Wenn Ressourcen knapp sind,
braucht es klare Prozesse.

Prosoz NEO verbindet Fachlichkeit, Automatisierung und moderne Cloud-Technologie zu einer Plattform, die Mitarbeitende im Alltag spürbar unterstützt und die Grundlage für eine stabile, zukunftsfähige Verwaltung schafft.

- Automatisierte Abläufe reduzieren Routinen
- Einheitliche Fallbearbeitung durch klare Prozessführung
- Schnelle Einarbeitung möglich
- Vernetzte Prozesse statt Insellösungen
- Höchste IT-Sicherheitsstandards im SaaS-Betrieb
- Betrieb, Updates und Sicherheit inklusive

**Digitale Transformation.
Einfach machen.**



prosoz.de/neo

Prosoz

SERIE

KOMMUNE DER ZUKUNFT

Mit CrowdInsights können Kommunen ihre Bürgerinnen und Bürger einfach und schnell an Entscheidungen beteiligen. Was die Plattform einzigartig macht und wie das Unternehmen –mittlerweile Teil der AKDB – entstanden ist, erzählt Geschäftsführer Lukas Wolf.

TEIL 17
VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG
IN EIGENREGIE

TEIL 18
HUNDESTEUER: VON DER
ANALOGEN MARKE ZUM WALLET

TEIL 19
GEMEINSAM
FÜR SMART CITY

TEIL 20
BÜRGERBETEILIGUNG
EINFACH UND MODERN

BÜRGERBETEILIGUNG EINFACH UND MODERN

Wo braucht es eine neue Umgehungsstraße? Wie ist die Meinung zu mehr Grünflächen oder Lärmschutzmaßnahmen in der Innenstadt? CrowdInsights spezialisiert sich auf Online-Portale, die Städte und Gemeinden bei solchen Beteiligungsverfahren unterstützen.

MEHRWERT OHNE MEHRAUFWAND

„Zwei Dinge stehen für uns im Mittelpunkt“, sagt Lukas Wolf. „Verwaltungen sollen mit unserem Tool möglichst wenig Aufwand haben. Und Bürgerinnen und Bürger sollen einfach und mit Spaß an den Befragungen teilnehmen.“ Das Ergebnis ist eine Beteiligungsplattform, die den gesamten Prozess abdeckt – von der Erstellung einer Umfrage über die Eingabe der Antworten in einem Online-Fragebogen bis hin zur automatisierten Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse. Besonderes Plus: Mithilfe von Schnittstellen lassen sich die Daten medienbruchfrei in andere Anwendungen überführen, etwa in Datenbanken oder digitale Zwillinge – für Verwaltungen wertvoll, denn sie sparen dadurch erheblich an Zeit. Lukas Wolf: „Damit ist unsere Plattform bis dato einzigartig am Markt.“

KI UNTERSTÜTZT

Die Komplettlösung ist auch dank Künstlicher Intelligenz möglich. Siehe Umfrage-Erstellung: Ein PDF mit den Fragen reicht – die KI liest die Daten aus und erstellt daraus automatisiert eine digitale Umfrage. „Bislang muss das händisch programmiert oder in einer Maske einzeln eingegeben werden – mit unserer Plattform ist die Umfrage mit ein paar Klicks fertig.“

Auch bei der Auswertung kommen KI-Tools zum Einsatz. So können die Ergebnisse wahlweise als Reporting inklusive Grafiken ausgegeben, in Form von News- oder Blogartikeln auf der Website veröffentlicht oder als Datenpaket an die Verwaltung weitergegeben werden. „Excel-Nutzer können sich zum Beispiel eine Kreuztabelle aus mehreren Faktoren ausgeben lassen – und sehen dann direkt, welche Antwort bestimmte Altersgruppen am häufigsten gegeben haben.“

GEBÜNDELTE EXPERTISE

Seit gut zehn Jahren ist das Unternehmen mit der Plattform am Markt. Einen Quantensprung brachte 2024 eine Ausschreibung der Stadt Stuttgart, die ihr



Lukas Wolf
ist Geschäftsführer
von CrowdInsights.

Beteiligungsportal neu aufsetzen wollte. Lukas Wolf: „Das war die Chance, unsere Plattform ‚from scratch‘ nochmal komplett neu zu denken.“ Der hohe Anspruch der Stadt habe zusätzlich gepusht. „Das Ziel war nicht weniger als die beste Plattform in Deutschland zu werden. Mit hoher Nutzerfreundlichkeit, modernem Design und Gamification-Ansätzen.“ Auch kleinere Kommunen arbeiten erfolgreich mit dem Tool, etwa die Stadt Forchheim in Bayern.

Seit 2024 gehört CrowdInsights zum bayerischen IT-Dienstleister AKDB. Gemeinsam arbeiten die Partner daran, die Beteiligungsplattform künftig über die Deutsche Verwaltungscloud anzubieten, was den Zugang für Kommunen nochmal erleichtert. Und perspektivisch sollen auch formelle Beteiligungen – die etwa im Bereich der Bauleitplanung rechtlich vorgeschrieben sind – über CrowdInsights möglich sein. Lukas Wolf: „Dort ist es Vorschrift, dass auf jede Eingabe geantwortet werden muss, ein erheblicher Aufwand für Behörden. Mit unserer Plattform wird das automatisiert und schnell möglich sein.“



Willkommen bei DATA Sign von
Governikus

Zur Anmeldung

Oder ohne Anmeldung direkt zur

Dokumentenprüfung

WENN DER ANTRAG DIGITAL KOMMT: SIGNATUREN UND SIEGEL IM VERWALTUNGSEINSATZ

Für über 830 Verwaltungsleistungen* sind bundesweit flächendeckend Onlinedienste verfügbar. Damit einhergehend steigt das Volumen eingehender Anträge und Bescheide bei den Bürgerämtern. Die Folge: Die Workflows von Kommunen müssen nicht nur digital sein, sondern auch effizient, souverän und skalierbar. Elektronische Siegel und Signaturen made in Germany bilden den zentralen Baustein dafür.

VOM DIGITALEN EINGANG ZUM ENGPASS

Zunächst klingt es nach einem Effizienzgewinn: Anträge gehen online ein und werden online verarbeitet. Doch beim Eingang entstehen in der Praxis bereits die ersten Engpässe. Die digitalen Dokumente müssen nicht nur bearbeitet, sondern auch signiert, geprüft und rechtssicher archiviert werden. Um Verwaltungsmitarbeitende nicht zusätzlich zu belasten, sind Lösungen gefragt, die sich nahtlos in bestehende Fachverfahren integrieren, intuitiv bedienbar sind, medienbruchfrei bleiben und den hohen Anforderungen an Datenschutz gerecht werden. Signaturen und Siegel sichern Integrität und Authentizität digitaler Dokumente und schaffen die Grundlage für durchgängige Prozesse.

ORGANISATORISCHE ENTLASTUNG FÜR DIE VERWALTUNG

In der Praxis zeigt sich aber schnell, dass es insbesondere in kleineren bis mittleren Kommunen an Ressourcen mangelt, Signaturinfrastrukturen aufzubauen und zu betreiben. Der Anforderungskatalog ist groß: technische Integration, Betrieb, Wartung und Anbindung an Vertrauensdiensteanbieter.

Serviceorientierte Lösungen, die gezielt für die Bedarfe von Behörden entwickelt werden, setzen hier an. Plattformen wie Governikus DATA Sign ermöglichen das Signieren, Siegeln und Validieren von Dokumenten direkt aus Fachverfahren oder über eine Web-Oberfläche. Dabei ist die Anzahl an Personen, die Dokumente bearbeiten oder unterzeichnen sollen, unbegrenzt –



sogar für Personen außerhalb der Organisation. Ergänzende Funktionen wie Prüfprotokolle sorgen für Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Der Betrieb einer eigenen Infrastruktur ist dabei nicht vonnöten. DATA Sign gibt es ebenfalls als Cloud-basiertes Modell. Hierbei werden Dokumente temporär verarbeitet und nach Abschluss des Vorgangs nicht dauerhaft gespeichert. Zentrale Anforderungen an Verschlüsselung und Datensicherheit bleiben gewahrt.

Die Nutzung von DATA Sign ist für Bund, Länder und Kommunen lizenzkostenfrei.



MEHR DAZU UNTER

bit.ly/governikus_data-sign

*Stand März 2026, Quelle: Dashboard Digitale Verwaltung

KI PRODUKTIV – UND FÜR ALLE ZWECKE: DIE GENAI-PLATTFORM

Generative KI verspricht enorme Effizienzgewinne. Erfolgreiche Pilotprojekte zeigen das Potenzial. Doch für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung entscheidet nicht der Pilot, sondern ein rechtskonformer Produktivbetrieb.

Der Schritt hin zum produktiven Einsatz ist erfahrungsgemäß schwer: Welche Plattform wird genutzt? Welche Modelle? Wo stehen die Server? Wer trägt Verantwortung? Welche Daten dürfen verarbeitet werden? Bei diesen Fragen setzt die GenAI-Plattform der govdigital an. Die GenAI-Plattform der govdigital wird gemeinschaftlich von Mitgliedern entwickelt und betrieben und bietet eine souveräne, sichere und rechtlich einwandfreie Grundlage zum Betrieb von GenAI-Anwendungen für öffentliche Stellen.

Erfolgreiche Pilotprojekte zeigen vielfach das Potenzial von Generativer KI. Doch für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung entscheidet nicht der Pilot, sondern ein rechtskonformer Produktivbetrieb. Der Schritt hin zum produktiven Einsatz ist erfahrungsgemäß schwer: Welche Plattform wird genutzt? Welche Modelle? Wo stehen die Server? Wer trägt Verantwortung? Welche Daten dürfen verarbeitet werden? Bei diesen Fragen setzt die GenAI-Plattform der govdigital an.

FÜR SOUVERÄNE GENAI-LÖSUNGEN

Die GenAI-Plattform ist als souveräner „KI-Maschinenraum“ für die öffentliche Verwaltung konzipiert und unterstützt alle Phasen: ausprobieren, implementieren, skalieren, betreiben – ohne jede Anwendung neu zu entwickeln oder an-

zupassen, mit souveränem Betrieb und unabhängig von einzelnen Modellen. Die Fertigungstiefe reicht von der Entwicklung und dem Testen von Anwendungen über die nötige GenAI-Infrastruktur bis zum BSI-konformen Betrieb von KI-Services.

Öffentliche IT-Dienstleister können mit der Plattform KI-Anwendungen für verschiedene Organisationen, Träger und Kunden parallel bereitstellen:

- Mandantenfähigkeit für getrennte Verantwortungsbereiche,
- Containerfähigkeit für standardisierte, portable Deployments,
- abgegrenzte Datenräume zur Isolierung von Daten
- und ein vom Cloud-Anbieter unabhängiger Ansatz zur Unterstützung verschiedener Umgebungen sowie eines souveränen Betriebs.

Damit wird aus einzelnen, isolierten KI-Anwendungen ein skalierbarer und rechtskonformer KI-Service.

GEMEINSAME GENOSSENSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

Entwickelt und betrieben wird die Plattform durch die govdigital gemeinsam mit den Mitgliedern AKDB, Dataport und der Bundesdruckerei. Die ersten Pilot-

anwender –, Dienstleister aus der Genossenschaft –, betreiben auf der Plattform bereits KI-Anwendungen. Ziel ist es, Trägern sowie Kundinnen und Kunden schnell ein Angebot zu machen.

Aktuell befindet sich die Plattform als „Minimum Viable Product“ (MVP) in der frühen Umsetzungs- und Testbetriebsphase. Ab dem zweiten Halbjahr 2026 kann ein Einsatz für weitere Mitglieder und deren Kundinnen und Kunden schnell umgesetzt werden.



Maximilian Brunn ist Leiter Geschäftsbereich Daten und Künstliche Intelligenz bei der govdigital eG.



Thomas Schmitt ist KI-Architekt bei der govdigital eG.



An Ihrer Seite für eine
innovative Verwaltung

Wir gestalten die digitale Zukunft vor Ort.
www.dataport-kommunal.de

SERIE

VITAKO ARBEITSGRUPPEN IM FOKUS

Die VITAKO Facharbeitsgruppe (FAG) eGovernment gehört zu den ältesten Arbeitsgruppen des Verbands. Ihre Mitglieder treiben ein breites Spektrum an Themen von Bund ID über Open Source bis hin zur EUDI-Wallet voran. Einblicke in die Arbeit gibt die zuständige Referentin in der Geschäftsstelle Indra Schepker.



FACHARBEITSGRUPPE EGOVERNMENT

März 2006, die FAG eGovernment trifft sich zur ersten Sitzung in Düsseldorf. Das Ziel der Gruppe: eGovernment voranbringen und der Stimme der kommunalen IT-Dienstleister mehr Gehör in der Politik verschaffen – damals echte Pionierarbeit. Inzwischen ist die Arbeitsgruppe fest etabliert. Viermal im Jahr kommen rund 30 aktive Mitglieder zusammen, online oder in Präsenz. Sie tauschen sich aus und erhalten regelmäßig von externen Expertinnen und Experten aus Bundesministerien, FITKO oder auch SPRIND Einblicke in aktuelle Entwicklungen. Gleichzeitig bringt die FAG relevantes Erfahrungswissen in die politischen Prozesse ein.

FAG ALS IMPULSGEBER

In den Sitzungen diskutieren die Mitglieder ihre spezifischen Themen – vielfach der Startschuss für wichtige Projekte. So hat ein Mitglied 2025 innerhalb einer FAG-Sitzung darauf hingewiesen, dass die Mindestanforderungen für einen effizienten Roll-Out von Efa-Leistungen in vielen Fällen ungenügend seien. In einer Unterarbeitsgruppe wurden konkrete Ergänzungs- und Konsolidierungsvorschläge erarbeitet – und nun werden diese Vorschläge mit den relevanten Stakeholdern wie dem IT-Planungsrat und der Fachcommunity diskutiert. Indra Schepker: „Das ist ein typisches Beispiel, wie der Austausch in der FAG in konkrete Ergebnisse mündet.“

Darüber hinaus dienen die Treffen der FAG als wichtiges Stimmungsbild für die politische Arbeit der Geschäftsstelle: „Wir bekommen so einen sehr guten Eindruck, was die Mitglieder gerade bewegt und wo wir – gerade bei neuen Gesetzgebungen – auf Nachschärfung pochen müssen“, so Indra Schepker.

Ein weiterer Vorteil der engen Zusammenarbeit: Die Expertise aus dem Netzwerk ist sehr schnell verfügbar. „Ich weiß, welches Mitglied für welches Thema Experte ist und muss nur kurz zum Hörer greifen. Effizienter geht es nicht!“

„Warum ich mich seit 13 Jahren in der Facharbeitsgruppe eGovernment einbringe? Weil ich nach jedem Treffen schlauer bin. Weil das Netzwerken mit den Kolleginnen und Kollegen unsere tägliche Arbeit als Stadt Bielefeld bereichert. Weil ich Dinge erfahre, die für uns einen echten Mehrwert bringen. Und, weil ich in der FAG sowie der Unterarbeitsgruppe Efa-Leistungen übergreifende Themen vorantreiben kann, die auf eine noch bessere digitale Verwaltung konkret einzahlen.“



Dr. Elmar Schalück,
Abteilungsleitung
eGovernment, Portale,
OZG, Stadt Bielefeld

WIE MODERNE TECHNOLOGIEN BÜRGERNÄHE UND TRANSPARENZ FÖRDERN

Die Digitalisierung der Verwaltung ist kein Nice-to-have: Sie entscheidet darüber, wie moderne Demokratien funktionieren. Digitale Prozesse, transparente Daten und sichere IT-Infrastruktur machen schon heute aus der klassischen Behördenwelt eine Plattform, auf der Bürger, Politik und Verwaltung gemeinsam handeln.

Digitalisierung der Verwaltung ist längst ein zentrales Thema für die Zukunft der Demokratie. Denn es geht dabei nicht allein um effizientere Prozesse, sondern um die Frage, wie die Beziehung zwischen Staat und Bürger auf eine neue Ebene gebracht werden kann. Wer Behördengänge online erledigen kann, spart nicht nur Zeit, sondern erlebt seine Kommune als transparent und zugänglich.

PARTIZIPATION STATT BÜROKRATIE

Bürgerportale, elektronische Antragsverfahren, automatisierte Prozesse und Beteiligungsplattformen ermöglichen es, Bürgeranliegen schnell zu bearbeiten, sogar fernab von Öffnungszeiten und Warteschlangen. Dort, wo der Zugang zu staatlichen Leistungen niedrigschwellig und jederzeit möglich ist, steigt die Bereitschaft zur Partizipation. Auch diese kann mittlerweile auf komplett digitalen Plattformen, wie die der AKDB-Tochter CrowdInsights, organisiert werden.

TRANSPARENZ SCHAFFT VERTRAUEN

Digitale Verwaltung heißt auch: Daten und Entscheidungen werden nachvollziehbarer und offen geteilt. Dank Digitaler Zwillinge oder Smart Data Plattformen ist es für Kommunen heute ein Leichtes, Informationen zu Hochwasserpegel, Energieverbrauch, Infrastrukturvorhaben oder Luftqualität zu teilen. Wo öffentliche Informationen heute online abrufbar und Sitzungsprotokolle einsehbar sind, schaffen Kommunen Vertrauen durch Transparenz. Und wer Transparenz schafft, stärkt die Akzeptanz staatlicher Entscheidungen.

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Gleichzeitig steht die Politik vor der Aufgabe, digitale Angebote inklusiv zu gestalten. Nicht jeder hat die gleiche digitale Kompetenz, nicht jede Region verfügt über die gleiche Infrastruktur. Hier braucht es Angebote, die barrierefrei und leicht verständlich sind. Nur so wird Digitalisierung zum echten Demokratieverstärker – und nicht zu einem Privileg für wenige.

DATENSOUVERÄNITÄT MUSS GEWÄHRLEISTET WERDEN

Vertrauen und Demokratiebereitschaft entstehen schließlich dann, wenn Bürger die Sicherheit haben, dass ihre persönlichen Daten geschützt sind: Die Rechenzentren öffentlicher IT-Dienstleister garantieren, dass sensible Bürgerdaten geschützt sind und nicht ins Ausland abfließen. Dafür sorgen strenge Datenschutzstandards und -prüfungen.

Kurz: Die digitale Verwaltung von morgen wird mehr sein als ein digitalisierter Aktenschrank. Sie kann zu einer Plattform werden, auf der Verwaltung, Politik und Bürger auf Augenhöhe kommunizieren. Voraussetzung: konsequente Umsetzung, Datenschutz, Offenheit und ein klarer Fokus auf Bürgerinteressen.

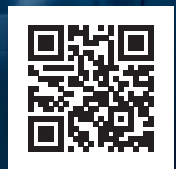


MEHR ZUM THEMA

www.akdb.de/loesungen/digitale-verwaltung



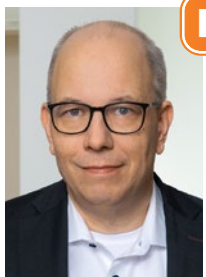
VERWALTUNG. DIGITAL. INSIGHTS.



vitako.de/podcast

Im Podcast Verwaltung.Digital.Insights spricht Lars Hoppmann jeden Monat mit renommierten Stimmen aus Verwaltung, Politik und Digitalwirtschaft.

„Wir brauchen Mut zur Vereinfachung.“



FOLGE 3

Alexander Handschuh ist Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

Wie können Kommunen trotz Fachkräftemangel, demografischem Wandel und knappen Ressourcen handlungsfähig bleiben? Aus Sicht von Alexander Handschuh ist konsequente Vereinfachung dafür ein Schlüssel.

Der Sprecher des DStGB ordnet praxisnah ein, welche Hebel die OZG-Umsetzung in Bewegung gesetzt hat, wo es noch hakt und welche Rolle die kommunalen IT-Dienstleister künftig spielen. Zudem betont er die Bedeutung von föderaler Zusammenarbeit, verbindlichen Standards und der Registermodernisierung.

„Verwaltungsdigitalisierung ist ein Standortfaktor.“



FOLGE 4

Dr. Bernhard Rohleder ist Hauptgeschäftsführer des Bitkom.

Analoge Medienbrüche kosten den deutschen Mittelstand jedes Jahr Milliarden, so Dr. Bernhard Rohleder. Eine konsequente Verwaltungsdigitalisierung ist aus seiner Sicht unabdingbar, um den Standort Deutschland zu stärken.

Zentrale Aufgabe der Politik: Der Deutschland-Stack müsse dazu genutzt werden, föderale Blockaden zu überwinden. „Digital Only“ müsse eine Antwort auf den Fachkräftemangel sein. Zugleich könne der Staat nur mit einem klaren Fokus und der Methode „Kill your Darlings“ bis 2035 handlungsfähig bleiben.

FRÜHJAHRSEMPFANG 25. JUNI 2026

ZUKUNFT DER DIGITALEN VERWALTUNG

Wie gelingt digitale Verwaltung? Wo steht die Umsetzung wichtiger Schlüsselprojekte wie dem Deutschland-Stack, der Registermodernisierung und Verwaltungs-KI? Und was muss jetzt passieren, damit Bürgerinnen und Bürger in fünf Jahren einen spürbaren Fortschritt wahrnehmen? Diese und weitere Fragen diskutiert VITAKO auf dem nächsten Frühjahrsempfang am 25. Juni 2026.



Thomas Jarzombek,
Parlamentarischer
Staatssekretär im
Digitalministerium,
auf dem Politischen
Abend 2025 zum
Deutschland-Stack.

PROGNOS TRENDREPORT: KOMMUNALE IT-DIENSTLEISTER ALS SCHLÜSSELAKTEURE

Die kommunalen IT-Dienstleister spielen eine unentbehrliche Rolle bei der Digitalisierung der Verwaltung. Das ist das Ergebnis des jüngsten Prognos Trendreports, der Anfang 2026 in Kooperation mit VITAKO erschienen ist. Seit Jahrzehnten sind die Unternehmen Wegbereiter für die moderne Verwaltung:

- **Infrastruktur:** Die IT-Dienstleister stellen die technische Infrastruktur für Kommunen, Länder und Bund bereit – und gewährleisten, dass digitale Behördenservices jederzeit funktionieren.
- **Sicherheit:** Die Unternehmen sind Experten für IT- und Cybersicherheit – damit garantieren sie den Schutz sensibler Daten von Bürgerinnen und Bürgern und bereiten Verwaltungen für den Fall eines Cyberangriffs vor.
- **Zukunftstechnologien:** Die kommunalen IT-Dienstleister implementieren neue Technologien wie Cloud Computing, Open Source Anwendungen und Systeme der Künstlichen Intelligenz – und machen Verwaltung damit fit für die Zukunft.

83 %
der kommunalen
IT-Dienstleister sind
Fullservice-Provider für
Kommunen

Der Prognos Trendreport zeigt zudem auf, vor welchen Herausforderungen die IT-Dienstleister aktuell stehen und wie sie diesen begegnen. Darunter wachsende Anforderungen an IT- und Cybersicherheit, der Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie die Zusammenarbeit im föderalen System mit oft unklaren Rollenverteilungen.

**PROGNOS TRENDREPORT
ZUM DOWNLOAD**

<https://bit.ly/va02-26-prognos>



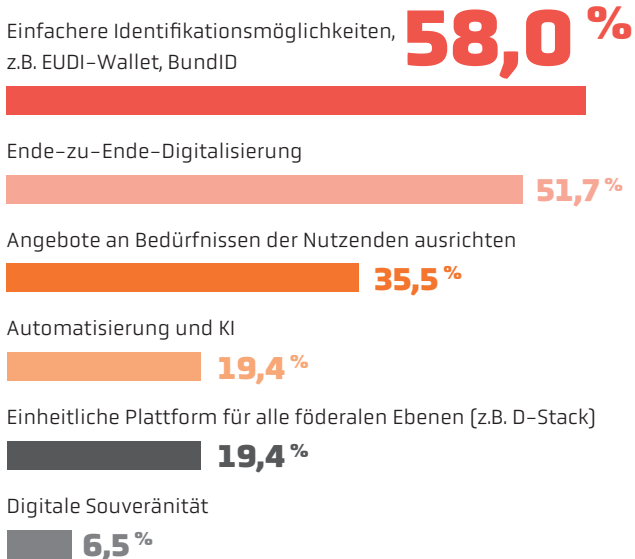


DEMOKRATIE: DIGITALE VERWALTUNG ALS SCHLÜSSEL

Digitale Verwaltungsservices sind ein Verstärker für unseres demokratischen Systems. Welche Beiträge besonders wichtig sind, auf welche Projekte sich Bürgerinnen und Bürger freuen können und inwieweit die Politik das Potenzial erkennt, beantworten die kommunalen IT-Dienstleister in der jüngsten Umfrage unter den VITAKO.

TOP-THEMEN VORANTREIBEN

„Was sind die zwei wichtigsten Vorhaben, um die Verwaltungsleistung für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern?“



Die VITAKO Mitglieder sind sich einig: Mehr als 90 Prozent sagen, dass eine rasche Verwaltungsdigitalisierung (sehr) wichtig ist, um die Demokratie zu stärken. Auch zu den Gründen äußern sich die Befragten klar. So sagen 60 Prozent, dass die digitale Verwaltung effizienter und schneller ist – und damit Vertrauen bei Bürgerinnen und Bürgern schafft. Immerhin 29 Prozent finden, dass digitale Dienste Zugangshürden beseitigen können und staatliche Leistungen so einfacher zugänglich sind.

Und welche Maßnahmen braucht es, um digitale Verwaltung spürbar zu verbessern? 58 Prozent der Befragten verweisen bei der TOP-2-Abfrage auf einfachere Identifikationsmöglichkeiten wie EUDI-Wallet oder die BundID vor, knapp 52 Prozent halten eine Ende-zu-Ende-Digitalisierung für prioritär und gut 35 Prozent finden es am wichtigsten, Angebote konsequent an den Bedürfnissen der Nutzenden auszurichten – die Politik tut gut daran, diese Projekte entsprechend voranzutreiben. Stichwort Politik: Danach gefragt, ob die Entscheiderinnen und Entscheider auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene genug tun, um das Potenzial der Digitalisierung zu heben, dominiert Skepsis das Bild – insbesondere auf Länderebene ist aus Sicht der Befragten Luft nach oben.

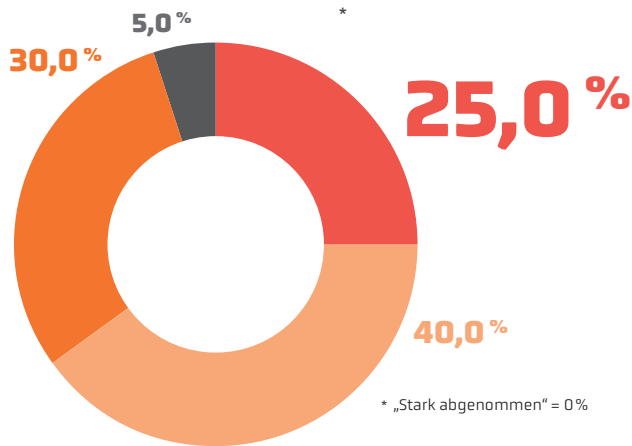
Wenn es darum geht, die Bürgerinnen und Bürger konkreter in demokratische Abstimmungsprojekte zu involvieren, bieten digitale Tools einzigartige Möglichkeiten. Umso erfreulicher: Fast zwei Drittel der VITAKO Mitglieder geben an, dass entsprechende Bürgerbeteiligungsportale immer stärker nachgefragt werden.



BÜRGERBETEILIGUNGS-PORTALE NACHGEFRAGT

„Wie hat sich die Nachfrage nach Bürgerbeteiligungsportalen in den letzten 5 Jahren entwickelt?“

- Stark zugenommen
- Leicht zugenommen
- Gleich geblieben
- Leicht abgenommen



POLITIK VERKENNT DAS POTENZIAL

„Hebt die Politik das Potenzial der Verwaltungsdigitalisierung zur Stärkung der Demokratie?“

- Ja
- Teils / teils
- Nein

Auf Kommunalebene



Auf Landesebene



Auf Bundesebene



INPUT DER VERWALTUNGS-DIGITALISIERUNG

„Was ist der wichtigste Beitrag der Verwaltungsdigitalisierung für die Demokratie?“

Vertrauen durch effizientere Verwaltung stärken

61,3 %

Zugangshürden zu staatlichen Leistungen verringern

29,0 %

Transparenz staatlicher Entscheidungen steigern

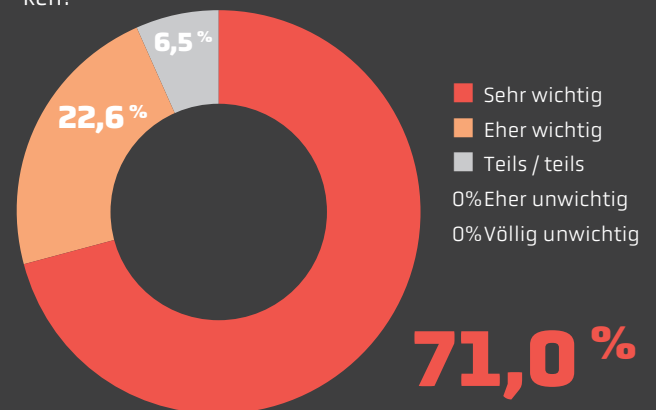
6,5 %

Digitale Souveränität erhöhen

3,2 %

DIGITALISIERUNG STÄRKT DEMOKRATIE

„Wie wichtig ist eine entschlossene Verwaltungsdigitalisierung in den Kommunen, um die Demokratie zu stärken?“



Rundungsbedingte Ungenauigkeiten



TERMINE

25. Juni 2026, Berlin

VITAKO POLITISCHER ABEND

www.vitako.de

13. – 15. Oktober 2026, Berlin

SMART COUNTRY CONVENTION (SCCON)

www.smartcountry.berlin

Herausgeber:

Bundes-Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen IT-Dienstleister e. V.
Charlottenstr. 65
10117 Berlin
Tel. 030/20 63 15 60
E-Mail: aktuell@vitako.de
www.vitako.de

V. i. S. d. P.: Lars Hoppmann,
geschäftsführender Vorstand von VITAKO

Redaktion, Gestaltung: Köster Kommunikation

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Berichte auch ohne vorherige Absprache zu kürzen. Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder elektronische Verbreitung nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Druck: Warlich Druck RheinAhr GmbH & Co. KG,
Grafschaft (Gelsdorf)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr, Auflage: 5.000

Autoren und Mitwirkende dieser Ausgabe:

Philipp Amthor, BMDS; Dr. Uda Bastians, Deutscher Städtetag; Maximilian Brünn, govdigital; Sabrina Donner, Landkreis Lüchow-Dannenberg; Lutz Hiestermann, Hiestermann & Frömchen; Lars Hoppmann, VITAKO; Sören Kuhn, VITAKO; Aboli Lion, VITAKO; Paul Ruland, D21; Dr. Susanne Pauser, Caritas; Dr. Elmar Schalück, Stadt Bielefeld; Indra Schepker, VITAKO; Thomas Schmitt, govdigital; William Schmitt, Komm.ONE; Lukas Wolf, CrowdInsights; Alexander Zirl, Prosoz

Bildnachweise:

S. 3: dirk hasskarl/fotografie; S. 7: VITAKO/Sebastian Kiener; S. 9: CDU/Tobias Koch; S. 11: Werner Spremberg/Shutterstock.com; S. 19: Initiative D21/Tobias Koch; S. 26: govdigital eG/Ole Heinrich; S. 30: VITAKO/Sebastian Kiener; bitkom; Tanja Fuegener

Hinweis:

VITAKO aktuell erscheint zusätzlich mit drei Regionalausgaben: OWL-IT, Lecos, Komm.ONE. Der Vertrieb erfolgt durch das jeweilige VITAKO Mitglied.

ISSN 2194-1165

Wird innerhalb der Zeitschrift auf fremde Links oder externe Informationsangebote hingewiesen, so macht sich VITAKO diese Inhalte nicht zu eigen und kann für sie keine Haftung übernehmen.

**DIE NÄCHSTE „VITAKO AKTUELL“
ERSCHEINT IM SEPTEMBER 2026.**



Viel mehr als Software!

Sie setzen Kurs auf eine zukunftsorientierte, digitale Verwaltung – wir machen sie möglich! Ob sicherer IT-Betrieb, vollständig digitale Verwaltungsprozesse, servicestarke Ämter oder klimaresiliente Städte und Gemeinden: Die AKDB-Gruppe bietet Ihnen Lösungen, nicht nur Software. Für ein funktionierendes Gemeinwesen. Für einen modernen Staat. Für uns alle!

www.akdb.de

AKDB

Wir haben die Lösung

GEMEINSAM STARK FÜR CYBERSICHERHEIT

25. Juni 2026 in der Stadthalle K3N Nürtingen

Schutz, neuester Stand. Der Komm.ONE-Cybersecurity-Tag.



Sie wollen mehr über uns erfahren:
<https://www.komm.one/aktuelles/cybersecurity-tag>